

Die Grünen und die nukleare Teilhabe

Wolfgang Schwarz

Ob die Grünen bei der Bundestagswahl im Herbst das Kanzleramt erobern werden, wovon ambitionierte Spitzenpolitiker der Partei öffentlich träumen, muss sich zeigen. Dass die Grünen jedoch nach der Wahl wieder mitregieren werden, wird von Beobachtern kaum mehr bezweifelt. Damit stellt sich die Frage, was in einem solchen Falle die Konsequenzen für die nukleare Teilhabe sein könnten, also für die Stationierung von US-Kernwaffen in Deutschland, die im Falle des Falles mittels Kampfbombern der Bundeswehr eingesetzt werden sollen.

Im Hinblick auf die Grünen gilt nach allgemeiner Auffassung neben dem strikten Nein zur Atomkraft auch ein solches zu Kernwaffen als von Anbeginn an zum Gründungskonsens und Markenkern der Partei gehörig.

Das strikte Nein zu Kernwaffen gilt als Markenkern der Partei seit Gründung.

Im ersten Grundsatzprogramm von 1980 hieß es sehr klar: „Verbot der Lagerung und Produktion atomarer (...) Waffen in aller Welt.“ Und: „Die Abrüstung muß (...) im eigenen Land beginnen, und sollte andere Länder veranlassen, ebenfalls abzurüsten.“

18 Jahre später waren mit der ersten rot-grünen Koalition auf Bundesebene (1998-2005) die Voraussetzungen gegeben, eine solche Linie aktiv zu verfolgen. Der grüne Außenminister hieß damals Fischer. Der verkündet heute: Auf die US-Atomwaffen dürfe Deutschland nicht verzichten. Dieser Meinung war er offensichtlich bereits als Außenminister, denn Initiativen zur Beendigung der nuklearen Teilhabe gab es zu seiner Zeit keine.

Das neue, unlängst verabschiedete (dritte) Grundsatzprogramm der Grünen enthält zur Atomwaffenfrage die Forderung nach dem „Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag und (...) Stärkung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags“ sowie folgende Weiterungen: „Dafür muss gemeinsam mit den internationalen und europäischen Partnern am Ziel eines atomwaffenfreien Europas gearbeitet werden. Dazu braucht es ein Deutschland frei von Atomwaffen und damit ein zügiges Ende der nuklearen Teilhabe.“

Doch der Begriff *zügig*, so ist Beobachtern aufgefallen, bedeutet eben nicht *unverzüglich*, sondern ist vielmehr schwammig genug, um in künftigen Koalitionsverhandlungen wahlweise sowohl der CDU (pro nukleare Teilhabe) als auch der SPD (inzwischen teils kontra) entgegenkommen zu können.

Der Verdacht, dass sich die Spitze der Grünen damit insbesondere die Tür zur Union offenhalten will, wird durch weitere Indizien genährt. Annalena Baerbock etwa gab – nur wenig verklausuliert – ein Signal an die Union, als sie in einem Interview sagte: Über einen Abzug der US-Atomwaffen „müssen wir mit unseren Bündnispartnern sprechen. Wir können ja nicht einfach sagen, wir schicken die US-Atomwaffen mal eben zurück in die USA.“

Zu denken gibt insbesondere, dass Baerbock in diesem Zusammenhang den Sachstand in der NATO unerwähnt ließ. Der zeichnet sich dadurch aus, dass es seit der *Deterrence and Defence Posture Review* des Bündnisses vom Mai 2012 die bindende Festlegung gibt, „eine möglichst breite Beteiligung der betroffenen Bündnispartner“ (gemeint sind alle Mitglieder der sogenannten Nuklearen Planungsgruppe der NATO), „für den Fall“ sicherzustellen, „dass die NATO beschließen sollte, ihre Abhängigkeit von in Europa stationierten nichtstrategischen Kernwaffen zu verringern“. Das heißt im Klartext, dass wer immer danach trachtet (Polen, die baltischen Staaten, Rumänien...) jeden Vorstoß zum Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland (wie auch aus den anderen vier europäischen Stationierungsländern – Niederlande, Belgien, Italien, Türkei) per Veto blockieren könnte. Solange die Spitzen der Grünen nicht zu erkennen geben, dass sie diesen Sachstand zur Kenntnis genommen haben, und sich nicht dazu äußern, wie sie damit umzugehen gedenken, ist jede Erklärung zur Beendigung der nuklearen Teilhabe lediglich ein Lippenbekenntnis. Entweder eines aus Unkenntnis oder eines zur vorsätzlichen Täuschung des Publikums.

*Spitze der Grünen
will sich die Tür zur
Union offenhalten.*

Vor diesem Hintergrund bleiben zumindest Zweifel, was die Position der Grünen zur Beendigung der nuklearen Teilhabe, wie sie im neuen Grundsatzprogramm fixiert ist, im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung tatsächlich wert wäre. 🌐

Dr. sc. Wolfgang Schwarz

geb. 1952, Politologe und Publizist zu sicherheitspolitischen Fragen, Rüstung, Abrüstung, NATO, Russland, Chefredakteur des Online-Magazins „Das Blättchen“

dr_wolfgang_schwarz@online.de

